

Einwendung zum Dresdner Haushaltsentwurf 2025/2026

Von

Vorname & Name (Pflichtangabe) _____

Straße & Hausnummer (Pflichtangabe) _____

Postleitzahl (Pflichtangabe) _____

Ort Dresden

An

Landeshauptstadt Dresden Stadtkämmerei

Postfach 120020

01001 Dresden

stadtkaemmerei@dresden.de

Die in dem neuen Haushaltsentwurf vorgesehenen Posten für den Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (SGB VIII)

- 10.100.36.2.0.01 Kinder- & Jugenderholung und Familienbildung
- 10.100.36.2.0.02 Förderung freier Träger für Angebote der Kinder- & Jugenderholung und Jugendverbandsarbeit
- 10.100.36.3.0.02 Förderung freier Träger für Angebote der Jugendsozialarbeit und Jugendgerichtshilfe
- 10.100.36.3.0.05 Freie Träger Schulsozialarbeit
- 10.100.36.6.0.01 Kommunale Einrichtungen der Jugendarbeit SGB VIII §11
- 10.100.36.7.0.01 Einrichtungen der Jugendhilfe
- 10.100.36.7.0.02 Sonstige Einrichtungen (insbesondere Familienzentren in freier Trägerschaft)
- 10.100.11.1.1.06 Vertretungen der Stadt (Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und der Geschlechtergerechtigkeit; Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund; Förderung der Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen sowie Seniorinnen und Senioren; Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen)

sind viel zu gering bemessen und benötigen eine deutliche Aufstockung.

Begründung

In allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, auf die kein individueller Rechtsanspruch einzelner Menschen besteht, sind in dem vorliegenden Haushaltsplan drastische Kürzungen vorgesehen. Daraus ergeben sich nicht nur personelle Kürzungen in allen Einrichtungen und somit verbundene Einschränkungen in den Angeboten (Öffnungszeiten, Angebotsspektrum, Qualität der Arbeit), sondern auch die Schließung vieler essentieller Projekte.

Diese geplanten Kürzungen würden alle Menschen in Dresden treffen. Es wären drastische Veränderungen, die nicht wieder gutzumachen wären. Indem präventive, niedrigschwellige, sozialräumliche Angebote wegfallen, verstärken sich die Problemlagen der Menschen und stellen sie vor existenzielle Fragen. Hinzu kommt der Wegfall der Arbeitsstellen in der Gleichstellungsarbeit, Kinder- und Jugendhilfe und somit die Abwertung sowie Prekarisierung eines gesamten Berufsfelds.

Mit den stetig wachsenden Bedarfslagen junger Menschen wollen und können wir uns als Gesellschaft diese „Sparmaßnahmen“ nicht leisten. In Zeiten steigender Infragestellung demokratischer Grundrechte ist es ein Skandal, demokratische Jugend- und Familienarbeit sowie Orte der Begegnung einzusparen. Die Menschen im Stich zu lassen, die die Unterstützung des Sozialstaats am meisten benötigen, kann nicht die Strategie der Landeshauptstadt sein.

Gegen die oben genannten Kürzungen möchte ich Widerspruch einlegen und reiche hiermit eine Einwendung ein. Der Haushaltsentwurf soll entsprechend angepasst werden.